

## **Rede zum 73. Jahrestag der Liquidation des „Zigeunerlagers“ Auschwitz, 2.8.2017, Braubachstraße 18-24, 60311 Ffm., 18.00 Uhr**

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden über 2800 Roma und Sinti aus dem „Zigeunerlager“ Auschwitz vergast, nachdem sie sich im am 16. Mai desselben Jahres durch einen Aufstand kurzzeitig erfolgreich dagegen zur Wehr setzten. „Arbeitsfähige“ Roma und Sinti, vor allem diejenigen, die den Widerstand organisiert hatten, wurden vor der Mordaktion selektiert und in andere Lager deportiert. Ab 1933 wurden Roma in KZs eingewiesen, ab 1934 zwangssterilisiert. Schon 1935 fanden systematisch Erfassung, Festsetzung, Isolation und Zwangsarbeit statt. Rassistische Sondergesetze wie Eheverbote und Berufsausschlüsse wurden 1936 durch die im Jahr zuvor erlassenen Nürnberger Rassegesetze umgesetzt. Erste Massendeportationen in KZs sind ab 1938 zu verzeichnen. In dem Jahr wird auch die zentrale Stelle zur Erfassung und Verfolgung von Roma und Sinti, die „rassenhygienischen Forschungsstelle“, in Berlin eingerichtet und die „endgültige Lösung der Zigeunerfrage“ von Himmler formuliert. Die erstellten 24.000 sogenannten Gutachten bilden die Grundlage der späteren Vernichtung. Ab 1939 müssen Roma und Sinti ihre Wohnungen verlassen und werden interniert. 1940 finden erste Transporte nach Polen in Lager und Ghettos statt. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion beginnen 1941 Massenerschießungen durch die SS. Allein 5000 Sinti und Roma werden 1942 aus dem Burgenland in das Ghetto Litzmannstadt deportiert und später durch Vergasungswagen im Lager Kulmhof massenhaft ermordet. Reichsjustizminister Thierack notiert 1942 nach einem Gespräch mit Propagandaminister Goebbels, dass Juden und Zigeuner vernichtet werden sollen. Der Auschwitzerlass vom Dezember 1943 begründete die Deportation von 23.000 Roma und Sinti aus ganz Europa in das Vernichtungslager. Ein erster Versuch, alle Menschen des Zigeunerlagers Auschwitz zu töten, scheitert am Widerstand. Nach weiteren Transporten in andere KZ sind in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 schließlich 2897 Roma und Sinti vergast worden.

Am 27.1.2000 wurde in der Braubachstraße aus privaten Mitteln und nur durch massive Öffentlichkeitsarbeit der Roma-Union, des Förderverein Roma, der jüdischen Gemeinde und vielen UnterstützerInnen eine Tafel am Stadtgesundheitsamt angebracht. Über zehn Jahre lang haben fast alle Parteien und Gremien und das Institut für Stadtgeschichte die Tafel verhindert. Die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Täter, eine angeblich unsichere Beweislage über ihre Verbrechen, die namentliche Erwähnung der Verantwortlichen, die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Nachkriegszeit und die angebliche Gefahr, dass durch die Anbringung der Mahntafel ein Wallfahrtsort für Neonazis entstünde, waren die ebenso ungläubwürdigen wie konstruierten Gründe der Ablehnung. Die Tafel erinnert an die ermordeten Roma und Sinti und benennt, dass die beiden für die Erfassung und Deportation maßgeblich verantwortlichen NS-Rasseforscher Ritter und Justin nach 1945 nicht etwa strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden sind, sondern, wie im Fall von Justin, noch bis in die 60er Jahre im gehobenen medizinischen Dienste der Stadt Frankfurt standen; trotz Wissen über die von ihr begangenen Verbrechen in der NS-Zeit.

Die recht spät errichteten Gedenkplatten auf dem Hauptfriedhof, in der Krupp- und Dieselstraße und am Stadtgesundheitsamt reichen nicht aus. Die Gedenkplatte auf dem Hauptfriedhof ist kaum zu finden und schwer lesbar.

Notwendiger denn je ist es, zu erinnern

- welche tragenden Rollen NS Bürgermeister Krebs und der Polizeipräsident Beckerle bei der Verfolgung von Roma und Sinti hatten.
- Es soll nicht verschwiegen werden, dass KZ-Arzt Mengele und einer der Haupttheoretiker der NS-Rassenideologie, Ottmar von Verschuer, an der Frankfurter Uni tätig waren.
- Hinweise über die Machenschaften während der NS-Zeit des hiesigen Erbgesundheitsgerichtes und die Informationen, aus welchen Schulen Roma und Sinti entfernt wurden, stehen ebenso offen
- wie die Bezeichnung der Orte, von denen aus deportiert wurde, der Zeitungen und ihren Nachfolgern, die die Hetze betrieben und der Lager in der Krieg-, Solms- und Fritzlaer Straße, die bereits in den frühen 30er Jahren zur Internierung von Roma und Sinti dienten,
- und schließlich bleibt die Forderung nach einer zentralen Gedenk- und Erinnerungsstätte in Frankfurt am Main.

- Die verbindliche Aufnahme der Geschichte der Vernichtung von Roma und Sinti in der NS-Zeit und deren Wirkungsgeschichte bis in die Gegenwart in den hessischen Lehrplan für die Sekundarstufe zwei sowie in die Ausbildung von LehrerInnen ist immer noch offen.

Ich möchte nochmals an das KZ Lety, in der Nähe von Prag erinnern. Anfang der 70er Jahre ist die Fläche in eine Schweinemast, statt eine Gedenkstätte umgewandelt. Der Anteil von tschechischen Bürgern an den NS-Verbrechen gegenüber tschechischen Roma sollte verschwiegen werden. Seit Jahren wenden sich Aktivisten gegen diesen Skandal. Die Reaktion der EU ist vielsagend. Die Kommission findet den Akt fürchterlich und das Parlament finanziert seit Jahrzehnten die Schweinemast. Aktuell besteht die Absicht, dass das Gelände vom tschechischen Staat gekauft wird und der Weg für eine Gedenkstätte frei wird. Der Förderverein Roma wird hierzu eine aktualisierte Dokumentation des Journalisten Markus Pape veröffentlichen. Darüber hinaus soll auch in diesem Jahr ein weiteres Grab eines Roma, der die NS-Zeit überlebt hat, auf dem Frankfurter Hauptfriedhof angelegt werden.

Wir stehen hier vor dem Stammhaus des Stadtgesundheitsamts. Dieses Jahr feiert die Behörde ihr hundertjähriges Bestehen. Der Förderverein Roma wird in drei Veranstaltungen im Oktober und Dezember dieses Jahres die Rolle des Amtes in der NS-Zeit, die Beschäftigung von Ritter und Justin, die Verfolgung von Roma und Sinti nach 1945, die Geschichte der Anbringung der Mahntafel und die aktuelle Situation insbesondere von Roma Migranten und Flüchtlingen thematisieren.

Der Förderverein Roma stellt fest, dass Ausgrenzung und Rassismus, insbesondere gegenüber Roma-Flüchtlingen und –MigrantInnen zunehmen. Aufgrund der verschärften Gesetzgebung und der restriktive behördliche Praxis bei Hilfeanfragen werden viele Roma, EU-Bürger aus Osteuropa, obdachlos, sind ohne Unterstützung und ausreichende gesundheitliche Versorgung. Die Gewalt gegenüber den Betroffenen nimmt zu, das racial profiling wird zum Alltag. Die beiden Brandanschläge im letzten Halbjahr 2016 sind nicht aufgeklärt und dem Förderverein Roma erteilt das Präsidium keine Auskunft. Die Menschen auf der Brache wurden Anfang des Jahres geräumt. Ziel war dabei nicht nur die Vertreibung, sondern die Zerstörung der eigenverwalteten Existenzstruktur, die sie sich jenseits der Versagung von öffentlicher Hilfe aufgebaut haben. Maßgebliche Teile der Stadtregierung sind sich einig darin, dass gegenüber dem Elend allein Vertreibung und Repression hilft. Die Bankrotterklärung der Sozialarbeit durch Ignoranz geht einher mit dem Primat der Ordnungspolitik. Die Ablehnung durch Administration und Mehrheits-gesellschaft zwingt die Menschen, sich selbst zu organisieren, ständig bedroht von Übergriffen und Verfolgung. Hinzu kommt die Angst vor der Inobhutnahme der Kinder sowie die Androhung und Durchführung des Kindesentzugs.

Menschen die seit Jahrhunderten ausgegrenzt, verfolgt und europaweit der NS-Vernichtungsmaschinerie ausgesetzt waren, werden für ihre Armut selbst verantwortlich gemacht. Die Bezeichnung stößt auf breite Zustimmung und dient als willkommene Profilierung im Wahlkampf. Die historische Verantwortung der deutschen Gesellschaft spielt keine Rolle; die seit Jahrhunderten eingeprägte Ablehnung, der Rassismus gegenüber Roma und Sinti, verdeckt oder offen, umso mehr. Dem Elend der Roma aus Osteuropa steht die massenhafte Abschiebung der Roma-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien gegenüber. Trotz gegenteiliger Berichte von Menschenrechts-organisationen wurde durch die Einstufung der Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer das persönliche verbriefte Recht auf Asyl ausgehebelt. Familien, die seit Jahren hier leben, werden mit Gewalt in Abschiebelager verbracht und in Perspektivlosigkeit, Armut und Gewalt ausgewiesen.

Bemerkenswert ist, dass sowohl bei der Verweigerung von Hilfe für Roma aus Osteuropa als auch bei den Abschiebungen nachdrückliche Kritik wegen der Verfassungs- und Grundgesetzwidrigkeit der Vorgehensweise unbeachtet bleibt. Klagen, dass die Praxis darüber hinaus gegen die UN-Menschenrechtcharta und die europäische Menschenrechtskonvention verstößt, perlen am Gesetzgeber ab.

Willkommen sind die Roma nicht. Sie werden instrumentalisiert als Armutsflüchtlinge und dienen, auch mit zunehmend rassistischem Blick, als diffuses Identifikationsmerkmal für die Mehrheit. Die Zunahme von Stigmatisierungen, falschen Behauptungen, unzulässigen Generalisierungen in der begleitenden öffentlichen Berichterstattung tragen dazu bei, die bekannte Sündenbockfunktion ständig zu reaktivieren. Menschenrechtsverletzungen, Pogrome, Mord, Marginalisierung und massive Verelendung, denen Roma vor allem in Osteuropa ausgesetzt sind, stoßen auf Ignoranz bei politisch Verantwortlichen.

Der Förderverein Roma fordert die Sicherstellung des garantierten Schutzes und der Rechte der Roma und Sinti als Minderheit und als EU-BürgerInnen. Dazu gehören die Bereitstellung einer angemessenen Unterkunft, der notwendigen Mittel zum Lebensunterhalt, die adäquate medizinische Versorgung und ein Abschiebestopp.

Zum Ende der Kundgebung möchte ich euch auf die Ausstellungen „Zur Situation abgeschobener Roma in Westbalkanstaaten“ des Roma Center Göttingen und „Inside Abschiebelager“ des Bayrischen Flüchtlingsrats hinweisen. Sie werden heute Abend mit Kenan Emini von der Initiative „alle bleiben“ und VertreterInnen des Flüchtlingsrats um 19.00 Uhr im ehemaligen Gefängnis Klapperfeld, Klapperfeldstraße 5, eröffnet. Dies ist gleichzeitig auch der Beginn einer Veranstaltungsreihe zum Thema Abschiebung und Widerstand.

Vielen Dank

Ffm., den 2.8.2017, Förderverein Roma e.V., Niddastraße 66, 60329 Ffm., 069/440123 AB,  
[foerderverein.roma@t-online.de](mailto:foerderverein.roma@t-online.de), [www.foerdervereinroma.de](http://www.foerdervereinroma.de)